Do it yourself: Regula Rytz (links) im GB-Sekretariat. Foto: pd

Ein bisschen gezeichnet von 30 Jahren Politik: Regula Rytz, Vorreiterin der grünen Welle, im Bundeshaus. Foto: Adrian Moser

«Das ist naiv.»

Regula Rytz
nach einem unliebsamen BZ-Artikel

und die zur nationalen Grüne-Präsidentin aufgestiegene Rytz kämpfte sich so stoisch durch unzählige TV-Debatten, wie sie es vier Jahre später als grosse Siegerin tat. Diese Zeitung stellte ein paar Tage nach dem Wahldesaster von 2015 die These auf, der grüne Aderlass in der Politik werde sich kaum auswirken, weil die Wirtschaft ohnehin auf Cleantech als zukunftsträchtiges Business setze. Kaum war der Artikel erschienen, traf bei den Autoren ein zürnendes Rytz-Mail ein: «Das ist naiv», schrieb sie und holte dann in einem Interview zu einer flammenden Replik aus. Bei dieser Gelegenheit setzte sie zwei Sätze ab, die ihr politisches Selbstverständnis als Grossmeisterin von Geduldsproben auf den Punkt bringen: «Als ich vor zwanzig Jahren Unterschriften für eine Tempo-30-Initiative sammelte, wurde das als komplett hirnrissig angeschaut. Heute ist Tempo 30 als Teil der städtischen Lebensqualität unbestritten.»

Sich als späte Siegerin zu sehen, darin ist sie stark. Mit diesem Selbstbewusstsein wird Regula Rytz morgen Mittwoch früh ihre mutmassliche Nichtwahl entgegennehmen.

Public Viewing für Rytz-Fans: morgen Mittwoch ab 8 Uhr in der Bar «Lehrerzimmer» des Kulturzentrums Progr am Waisenhausplatz 30 in Bern.

Städte müssen sich auch fortan dem Kanton beugen

Gastgewerbe Der Grosse Rat verleiht den Städten keine Bewilligungshoheit.

Genau genommen ist die Motion, mit der Grossrat David Stampfli (SP, Bern) am Montag eine Gemeindehoheit bei Bewilligungen im Gastgewerbe forderte, alter Wein in neuen Schläuchen. Schon 2013 gab es einen Vorstoss desselben Inhalts. Er wurde aber nur in der unverbindlichen Form eines Postulats überwiesen. Faktisch blieb es beim Status quo: Abschliessende Instanz bei Gastrogenehmigungen sind die Regierungsstatthalter im Auftrag des Kantons. Hinter dem Kompetenzgerangel stehen auch Kontroversen um Überzeitbewilligungen und nächtlichen Ausgehlärm. Auf diesem Feld fühlen sich die vitalen grösseren Städte bisweilen vom dörflich tickenden Kanton bevormundet.

Gegen Doppelspurigkeiten

Motionär Stampfli verlieh dem Vorstoss im zweiten Anlauf nun einen etwas anderen Dreh. «Grössere Gemeinden brauchen Spielraum, um Neues auszuprobieren», erklärte er im Grossen Rat und betonte Gemeindeautonomie und Wahlfreiheit. Er forderte, dass eine grössere Gemeinde oder eben eine Stadt beantragen könne, Gastrogeschäfte in eigener Verantwortung zu genehmigen. Schliesslich hätten sie auch die Kompetenz, Baubewilligungen zu erteilen.

Stampfli hatte auch Bürgerliche ins Boot geholt. An seiner Seite trat der Mit-Motionär und Thuner SVP-Stadtpräsident Raphael Lanz für das Begehren ein. Dieser kritisierte die ineffizienten Doppelspurigkeiten: Da die Gemeinden bei Gastrofragen zu Mitberichten aufgefordert seien, würden sie und der Kanton die gleichen Fragen bearbeiten.

Lobbying der Statthalter

Im Rat entwickelte sich nun eine Debatte mit emotionalen Ausreissern. Die urban tickenden Grünen und die SP setzten sich erwartungsgemäss für eine städtische Gastrohoheit ein. SP-Fraktionssprecher Reto Müller, Stadtpräsident von Langenthal, sprach von einem sinnlosen Pingpong zwischen Gemeinden und Kanton. Er kritisierte überdies das «Hüftschuss-Lobbying» der Regierungstatthalter.

Diese hatten mit E-Mails und Stellungnahmen im Vorfeld geworben, bei der heutigen Bewilligungspraxis zu bleiben. Für Reto Müller zeigt das die Furcht der Statthalter, zentralisiert oder gar für überflüssig erachtet zu werden. Er forderte die Kantonsregierung auf, solches Lobbying der Statthalter künftig zu unterbinden. Andere Verwaltungsstellen des Kantons würden schliesslich auch nicht in dieser Manier auf ihre Verdienste verweisen.

FDP-Fraktionssprecher Andreas Hegg (Lyss) verteidigte die Arbeit der Statthalter und warnte, dass eine Liberalisierung der Bewilligungen zu einem Entscheidchaos führen könne. Gastrounternehmer könnten Druck ausüben, indem sie auf die liberale Praxis von Nachbargemeinden verwiesen oder gar persönliche Beziehungen zu Gemeindebehörden spielen liessen. Die Statthalter aber hätten die nötige «Flughöhe», um die Gleichbehandlung in Gastrofragen zu gewährleisten.

> «Grosse Gemeinden brauchen Spielraum, um Neues auszuprobieren. Sie haben ja auch die Kompetenz, Baubewilligungen zu erteilen.»
>
> **David Stampfli (SP)**
> Grossrat Stadt Bern

Fraktionssprecher Michael Köpfli (GLP, Wohlen), dessen Partei einstimmig für die Motion war, widersprach Hegg: Die Gemeinden müssten noch viele andere Bewilligungsvollmachten an den Kanton abtreten, wenn man persönliche Absprachen total ausschliessen wolle.

Erich Hess' Rundumschlag

Sogar in der SVP gab der Vorstoss kontrovers zu reden. Fraktionssprecherin Sandra Schneider (Biel) erklärte, eine Minderheit in ihrer Partei heisse die Motion gut, weil sie die Gemeindeautonomie stärke und bürokratische Doppelspurigkeiten vermeide. Die Mehrheit der SVP aber lehne sie ab.

Der Stadtberner Erich Hess musste gar nicht erst erklären, welchem SVP-Flügel er angehört. Für ihn ist der Vorstoss ein Ausdruck rot-grüner Laisser-faire-Politik. Hess steuerte in seinem Votum direkt auf seine Lieblingszielscheibe zu, die Stadtberner Reitschule. Er kritisierte auch die in seinen Augen illegale Zwischennutzung der Schützenmatte und holte zum Generalvorwurf gegen den Stadtberner Gemeinderat wie auch den Statthalter Bern-Mittelland aus. Beiden warf er vor, das Recht zu brechen.

Grossratspräsident Hannes Zaugg (GLP, Uetendorf) stellte ihm darauf wegen thematischer Abschweifung und Verletzung der Anstandsregeln das Mikrofon ab. Hess erhielt darauf von Parteikollege Patrick Freudiger (SVP, Langenthal) Support: Beim Vorstoss gehe es sehr wohl auch um die Zustände bei der Reitschule.

86 Nein gegen 52 Ja

Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann (SP) beruhigte darauf die Wogen. Er zeigte zwar Verständnis für die Autonomiebedürfnisse der Städte, rühmte aber die Arbeit der Regierungsstatthalter. Er erinnerte daran, dass schon beim ersten Anlauf des Vorstosses vor sechs Jahren die anschliessend eingesetzte Arbeitsgruppe nach langer Diskussion für die aktuelle Zuständigkeit der Statthalter und des Kantons votiert habe. Das gewährleiste am ehesten die Rechtsgleichheit der Gastrobewilligungsverfahren.

Die eher dörflich als städtisch gesinnte Ratsmehrheit folgte mit 86 Nein-Stimmen gegen 52 Ja-Stimmen (bei 6 Enthaltungen) der Regierung. So bleibt alles beim Alten – und die eine oder andere Faust im Sack.

Stefan von Bergen